



WORTPROTOKOLL

**der 28. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Donnerstag, 22. November 2007

21.57 Uhr - 22.34 Uhr

Tagesordnung

Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2008

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes (S. 4152)

Landesregierung

Redner: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 4152)

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut B i e l e r (S. 4153)

Zuweisung des Einlaufes (S. 4170)

Redner: Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 4170 u. S. 4171)

Beginn der Sitzung: 21 Uhr 57 Minuten

Präsident Walter Prior: Ich e r ö f f n e die 28. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ich ersuche nun Herrn Schriftführer Pongracz um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Gerhard Pongracz: Einlauf für die 28. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 22. November 2007.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2008, (Zahl 19 - 425) (Beilage 681);
2. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme der zweiten Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2006 bis 2010 (Zahl 19 - 426) (Beilage 682);

Präsident Walter Prior: Danke Herr Abgeordneter. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisung werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler vornehmen.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befindet sich nur ein Punkt, und zwar ist dies die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2008.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2008.

Präsident Walter Prior: Der erste und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2008.

Bitte Herr Landesrat. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Zur Geschäftsordnung!*)

Bitte Herr Abgeordneter Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung für diese heutige Landtagssitzung hat einen Tagesordnungspunkt, nämlich die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2008.

Wir sind sehr verwundert, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass in den Medien, vor allem im „BKF“, „Kurier“, je nach dem, man kann mehrere zitieren, schon die Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten de facto nachzulesen ist, obwohl sie im Landtag noch nicht gehalten wurde.

Ich zitiere: Auch im Burgenländischen Landtag war die BEWAG Thema. Finanzlandesrat Helmut Bieler legte in seiner Budgetrede ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Kernbereich der BEWAG ab und so weiter. Legte in seiner Budgetrede - ein Ausdruck vom 22. November 2007 um 20.07 Uhr.

Ich glaube nicht, dass ich diese Budgetrede im Landtag hier versäumt habe. Ich habe mich bemüht eine Anwesenheit hier an den Tag zu legen wie selten bei einer Landtagssitzung, und wir betrachten es als eine Missachtung des Landtages, wenn bevor die Rede gehalten wird, sie in den Medien nachzulesen ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Herr Landesrat, ich darf Sie um Ihre Ausführungen bitten.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als am 10. Oktober dieses Jahres die Verhandlungen zum Finanzausgleich zwischen dem Bund, den Ländern, den Städten und Gemeinden nach vielen Stunden in der vierten Runde abgeschlossen werden konnten und erstmals sämtliche Vertreter der Länder noch am selben Abend unterschrieben haben, war mir bewusst, dass wir nicht nur ein äußerst positives Ergebnis erzielen konnten, sondern auch, dass dieses Ergebnis wesentliche Auswirkungen auf das seit 2006 vorliegende Budget für 2008 haben würde.

Mit einer zusätzlichen „Finanzspritze“ kann das Burgenland stark und kraftvoll in die Zukunft gehen. Der Finanzausgleich ist ein wichtiger Teil, der entsprechende Auswirkungen auf das Budget 2008 haben wird, ein anderer ist die Forderung nach grundlegenden Reformmaßnahmen. Mit der Aufstockung der Mittel wurde nämlich die Bedingung der Bundesregierung nach Reformen im Bereich der Verwaltung verbunden. Auch der Bundesrechnungshof insistiert seit Jahren auf durchgreifende Veränderung in der Verwaltung.

Maßnahmen, die wir bereits seit einiger Zeit diskutieren und vorbereiten, sollen daher ehest möglich umgesetzt werden. In wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Jugendförderung konnte mit der ÖVP kein gemeinsamer Weg gefunden werden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt nicht. - Abg. Christian Sagartz: Wo ist da abgestimmt worden?)* Deshalb fand der vorliegende Landesvoranschlag bei der ÖVP auch keine Zustimmung in der Landesregierung. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo wurde da abgestimmt?)*

Hohes Haus! Der Landeshaushalt wird durch die allgemeine wirtschaftliche Lage und Konjunktur in Österreich entscheidend beeinflusst. Daher möchte ich eingangs einige kurze Bemerkungen zur Situation machen, wie sie die Experten des WIFO analysieren und prognostizieren.

Das Wirtschaftswachstum wurde in Österreich im dritten Quartal noch nicht durch die internationale Finanzkrise und die Euro-Aufwertung gedämpft. Die heimische Wirtschaft wuchs im heurigen Jahr um 3,4 Prozent. Die Konjunktur ist laut WIFO mit dem

Übergang vom Exportboom zur lebhaften Investitionstätigkeit einen wesentlichen Schritt vorangekommen.

Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt hielt die günstige Entwicklung im Oktober 2007 an. Die Zahl der Arbeitsplätze war um 1,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor und die Arbeitslosenquote ging um 0,4 Prozent leicht zurück, obwohl die Schulungen stark eingeschränkt wurden.

Im Burgenland lag der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Schnitt über den österreichischen Werten. Das ganze Jahr 2007 hindurch konnte ein kontinuierlicher Anstieg der Beschäftigung beobachtet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Länder, die Städte und die Gemeinden haben sich mit dem Bund auf einen neuen sechsjährigen Finanzausgleich geeinigt. Bis zu diesem Tag war eigentlich ungewiss, ob bereits 2008 ein neuer Finanzausgleich in Kraft tritt, oder ob der alte Finanzausgleich, der auch für das Jahr 2008 abgeschlossen wurde, weiter gilt.

Die Basis des neuen FAG ist der alte und wird in zwei Etappen gegliedert:

In der 1. Etappe von 2008 bis 2010 wird der Konsolidierungsbeitrag der Länder, Städte und Gemeinden um 50 Prozent reduziert, das sind 209 Millionen Euro. Davon werden entsprechend ihren Anteilen 156 Millionen Euro für die Länder, 53 Millionen Euro für Städte und Gemeinden verwendet.

Zusätzlich erhalten die Länder 12 Millionen Euro als Strukturmittel. Weiters kommen noch 100 Millionen Euro für die Gesundheitsfinanzierung hinzu, die zur Absicherung der Finanzierung der Krankenanstalten mit verwendet werden.

In der 2. Etappe von 2011 bis 2013 entfällt der gesamte Konsolidierungsbeitrag in Höhe von rund 417 Millionen Euro. Von dem zusätzlichen Betrag erhalten die Gemeinden 103 Millionen Euro, weil die Länder zugunsten der Städte und Gemeinden 50 Millionen Euro von ihrem Anteil abtreten, damit eine Abschwächung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels in Höhe von 100 Millionen Euro ab 2011 in Kraft treten kann.

Diese 100 Millionen Euro kommen den Gemeinden bis 10.000 Einwohner zugute. Die burgenländischen Gemeinden zählen daher zu den großen Gewinnern der Finanzausgleichsverhandlungen.

Im neuen Finanzausgleich wurden unter anderem einige bisher mit Fixbeträgen ausgestattete Transferleistungen in Ertragsanteile umgewandelt, die sich entsprechend den Steuereinnahmen dynamisch entwickeln. Auf der anderen Seite haben die Länder allerdings neue Aufgaben übernommen.

Beispielsweise wurde die Gesundheitsfinanzierung in Form einer neuen 15a B-VG Vereinbarung fixiert, der für die Länder neues Geld von 100 Millionen Euro für die Finanzierung der Krankenanstalten bringt. Auch die Problematik der Gastpatienten wurde dabei gelöst, was unter anderem bedeutet, dass die burgenländischen Patienten in jedem Krankenhaus in Österreich aufgenommen und behandelt werden.

Gleichzeitig wurde eine Vereinbarung über die Verwaltungsreform II abgeschlossen, mit der sich die Länder verpflichten, bis 2010 Einsparungen im

Aktivitätsaufwand von 844 Millionen Euro zu erzielen. Der Bund verpflichtet sich seinerseits, nur jede 2. Pensionierung nachzubersetzen und 5,7 Milliarden Euro einzusparen.

Im Bereich der Wohnbauförderung haben die Länder einen verstärkten Mitteleinsatz, sowie höhere Mindeststandards im Bereich von Umweltmaßnahmen, des Klimaschutzes und für die Sanierung zugesagt. Dadurch ist die Wohnbauförderung in voller Höhe gesichert.

Auch auf den Gebieten der 24-Stunden-Betreuung und der bedarfsorientierten Mindestsicherung wurde Einigung erzielt und diese zum Teil schon detailliert in einer 15 a B-VG-Vereinbarung festgelegt. Im Rahmen der 24-Stunden-Betreuung erhalten Pfleglinge ab der Pflegestufe 3 Förderungen bei der Pflege durch selbständige BetreuerInnen in Höhe von 225 Euro und bei der Pflege durch unselbständige BetreuerInnen in der Höhe von 800 Euro pro Monat. Die dabei anfallenden Kosten werden im Verhältnis 60 Prozent Bund und 40 Prozent Land geteilt.

Auch bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung, bei der ab 2009 berechnete Personen eine Mindestsicherung zum Leben von 726 Euro brutto pro Monat erhalten, wurde vereinbart, dass jede Gebietskörperschaft die Finanzierungsanteile für die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Personen trägt.

Ein Stabilitätspakt für die Jahre 2008 bis 2013 wurde ebenso ausformuliert wie die Weiterführung der Kostentragung für Krankenhausaufenthalte von Justizhäftlingen.

Erreicht werden konnte eine klare Zustimmung des Bundes, die Kosten für zusätzliche Lehrer zu übernehmen, die durch die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 Kinder pro Klasse entstehen. Darüber hinaus wird der Bund den Ländern 12 Millionen Euro jährlich als Strukturmittel zur Verfügung stellen.

Für die Betreuung ein- bis dreijähriger Kinder und für Tageseltern stellt der Bund jährlich 20 Millionen bereit, wobei sich die Länder verpflichten, ebenfalls einen Betrag in gleicher Höhe an Förderungen aufzubringen.

Ebenso sichergestellt wurde, dass Mittel aus der Siedlungswasserwirtschaft für die Sanierung von Trinkwasseranlagen verwendet werden können.

Dem Burgenland selbst werden durch den neuen Finanzausgleich zusätzliche Mittel im Ausmaß von zirka zehn Millionen Euro jährlich valorisiert zur Verfügung stehen. Damit können die dynamisch steigenden Kosten in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Krankenanstalten, Bildung und öffentlicher Verkehr zum Teil abgefangen werden.

Einen wesentlichen Punkt im neuen Finanzausgleich stellt die Stärkung der kleinen Gemeinden dar. Durch die sogenannte Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, für den der Bund und die Länder ab 2011 insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen, werden vor allem 170 burgenländische Gemeinden überproportional gewinnen.

Insgesamt gesehen stellt der neue Finanzausgleich eine solide finanzielle Basis für das Burgenland und die burgenländischen Gemeinden dar, um die bisherigen und auch die zukünftigen Aufgaben im Sinne der Anliegen der burgenländischen Bevölkerung bewältigen zu können.

Die Auswirkungen des Finanzausgleichs machen es notwendig, das bereits 2006 ausverhandelte Budget für 2008 neu zu gestalten und diesen geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Es ist aber auch ein Gebot der Stunde, historisch gewachsene und über Jahrzehnte praktizierte Vorgangsweisen auf ihre Zeitmäßigkeit zu hinterfragen und im Rahmen des Voranschlages 2008 die notwendigen finanziellen Steuerungsmöglichkeiten einzusetzen.

Dabei muss von folgenden Prinzipien ausgegangen werden: Qualitätsverbesserung und Erhaltung der öffentlichen Dienstleistungen für die Burgenländerinnen und Burgenländer, Transparenz der eingesetzten Mittel, Effektivitätsprüfung, ob mit den eingesetzten Mitteln das angestrebte Ziel erreicht wird, Effizienzprüfung, ob der Einsatz der Mittel zur Zielerreichung nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit erfolgt beziehungsweise alle Maßnahmen zur nachhaltigen Kostendämpfung ausloten.

Entsprechend diesen Prinzipien soll der Landesvoranschlag 2008 gestaltet werden, in einigen Bereichen Änderungen erfahren, sowie die in den letzten Jahren gesetzten Schritte konsequent umsetzen.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Weg des ausgeglichenen Haushaltes weiterzugehen. Dazu gehören mehr Einnahmen ebenso wie Einsparungen auf der Ausgabenseite.

Ein Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist die Bündelung der Kräfte durch ambitionierte Reformmaßnahmen. Ebenso wichtig ist es daher auch, laufend Einsparungspotentiale zu orten und ausgabenseitige Belastungen zu minimieren.

Ein Schritt, den wir heuer abschließen konnten, war die Einigung über einen Leistungsvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Burgenländischen Landwirtschaftskammer.

Auf Basis eines Berichtes des Kommunalen Dokumentationszentrums KDZ über das Jahr 2005 wurden von Seiten des Landes Forderungen nach einer transparenten Nachvollziehbarkeit der Fördergelder und einem schlankeren Verwaltungsablauf gestellt.

In den Verhandlungen konnte ein Ergebnis erarbeitet werden, mit dem die umfassenden Leistungen der Landwirtschaftskammer in den Bereichen Beratung, Förderung und Amtshilfe abgesichert und jährlich mit 2,1 Millionen Euro abgegolten werden. Dazu kommen noch 50.000 Euro für die Förderung von Landarbeiterwohnungen.

Es gibt nun klare Regelungen über Leistungsumfang und Abgeltungszahlungen, welche über detaillierte Leistungsberichte nachvollziehbar gemacht werden. Sie sind die Basis für künftige Leistungsverträge mit der Landwirtschaftskammer.

Hohes Haus! Unter dem Schlagwort „Ökologisierung der burgenländischen Wirtschaft“ sind all jene Fördermaßnahmen zusammengefasst, welche zur Ankurbelung von Investitionen und zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft im Burgenland dienen und dem übergeordneten Ziel des Energiesparens sowie der Energieeffizienz folgen.

Alle Fördermaßnahmen sollen die Implementierung und Anwendung von Technologien aus dem Bereich der erneuerbaren Energie, im Sinne der Energieeffizienz sowie des Energiesparens unterstützen. Neben der direkten Förderung von diesbezüglichen betrieblichen Investitionen, sind regionale Auftragnehmer und Dienstleister aus dem Bereich des Baunebengewerbes indirekte Förderempfänger.

Förderschwerpunkte werden auf Investitionen im Bereich des Tourismus (zum Beispiel Solaranlagen, Wärmedämmfassaden und so weiter), der KMUs (für Förderungen von Technologien aus dem Bereich der erneuerbaren Energie), privater Haushalte (durch Dotierung des Ökofonds), der grundlegenden Technologieimplementierung sowie der Gemeinden mit der Zielsetzung der Verbesserung der Energieeffizienz und des Energiesparens gesetzt.

Die moderne Telekommunikation und die ständige Weiterentwicklung dieses Sektors bedingt ein spezielles Know-how, das in der EDV-Abteilung aufgebaut wurde und allen Abteilungen zur Verfügung gestellt werden kann. Die Zusammenfassung zusammenhängender Tätigkeiten in einer Einheit ist nicht nur sinnvoll, sondern auch kostensparend. In drei speziellen Bereichen soll daher eine Bündelung des Wissens für mehr Effizienz sorgen.

Die Stabstelle EDV in der Landesamtsdirektion hat mit dem ersten Platz im Rahmen des „ebiz egovernment award“ bewiesen, dass sie die fachlichen Voraussetzungen dafür erbringt.

Es ist den nachgeordneten Dienststellen nicht zumutbar, sich neben ihren umfangreichen Tätigkeiten auch noch spezielles EDV-Wissen, das ständig auf dem letzten Stand zu halten ist, anzueignen.

Aus diesem Grund soll künftig die Beurteilung der Notwendigkeit und der Sinnhaftigkeit von EDV-Anschaffungen für alle Dienststellen des Landes von dieser Stelle aus erfolgen. Dadurch wird auch eine gemeinsame Beschaffung, die naturgemäß kostengünstiger ist, sichergestellt.

Mit der Inbetriebnahme der Landessicherheitszentrale werden Tätigkeiten, die früher auf mehrere Abteilungen aufgeteilt waren, wie die Funksirenensteuerung, die Sturmwarnanlage Neusiedler See oder der Betrieb des digitalen Bündelfunks, zusammengezogen.

Ziel ist es, weitere Tätigkeiten, die bis jetzt noch in nachgeordneten Dienststellen angesiedelt sind, der Landessicherheitszentrale zu übertragen, um die dort vorhandenen Ressourcen zu nutzen.

Einen großen Teil des Sicherheitswesens stellen die vielen Freiwilligen Feuerwehren im Burgenland dar. Eine bestmögliche Schulung und Ausbildung der Feuerwehrleute ist oberstes Gebot, um Risikofaktoren im Ernstfall zu minimieren.

Das für Simulationen bereitgestellte Brandhaus des Landesfeuerwehrkommandos muss nach 30 Jahren erneuert werden. Für dieses Brandausbildungszentrum stellt Landesfeuerwehrkommandant Manfred Seidl ein grenzüberschreitendes EU-Projekt gemeinsam mit Ungarn auf die Beine. Die notwendigen Mittel des Landes Burgenland werden dafür in entsprechender Höhe zur Verfügung gestellt.

Die GIS-Koordinationsstelle in der Landesamtsdirektion hat bereits in der Vergangenheit bewiesen, welche ausgezeichnete Arbeit in dieser Organisationseinheit geleistet wird. Da bis jetzt die Aktivitäten des Geographischen Informations-Systems, kurz GIS, auf mehrere Dienststellen aufgeteilt sind, sollen diese in eine Einheit zusammengefasst werden, in der spezielles Fachwissen gebündelt zur Anwendung gelangen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Infrastrukturbereich des Burgenlandes sollen mit der Umsetzung der Baudirektion im Bereich des Straßen-, Wasser- und Güterwegebaues sinnvolle Strukturen geschaffen werden, die von Wirtschaftlichkeit und Wirkungsorientierung getragen sind.

Die Errichtung einer Baudirektion führt zu mehr Flexibilität in der Verwaltung. Sie hat gut funktionierende Vorbilder in anderen Bundesländern. Die Zielsetzung ist eine effektive, leistungsorientierte und kostengünstige Verwaltungseinheit.

Grundsätzlich müssen die vorhandenen Ressourcen optimal genutzt werden. In den Bereichen Bauhöfe, Personalbewirtschaftung, Fuhrpark, Maschinen-, Geräte- und Liegenschaftsverwaltung sowie Planung und Vermessung sollen einheitliche, gemeinsame Strukturen geschaffen werden.

Die Zusammenführung dieser Strukturen der drei Abteilungen in einer Organisationseinheit hat den Vorteil, dass Synergien ohne Mehrkosten besser genutzt werden könnten. Eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit wird durch das Freimachen von Arbeitskapazitäten und die Erstellung eines optimierten Aufgaben- und Leistungskatalogs, sowie die Chance auf eine dezentrale Ressourcenverwaltung erreicht.

Andere Bundesländer haben diesen Schritt ihren jeweiligen Anforderungen entsprechend bereits getan. Die Erfahrungen dort zeigen, dass wir im Burgenland die richtigen Schritte zum Ausbau einer Baudirektion gesetzt haben.

Mit der Neuorganisation der Strukturen und Prozesse sollen auch eine Neudefinition der Aufgaben sowie eine Neugestaltung und ein Weiterentwickeln der Steuerungsinstrumente einhergehen. Das Festlegen zentraler Leistungs- und Qualitätsstandards gehört ebenfalls zur Steigerung der Effizienz und Effektivität wie die richtige Größe des Personal- und Fuhrparkbedarfs.

Die Übersiedlung der drei technischen Abteilungen vom Landhaus Neu in das Technologiezentrum, wo sie gemeinsam untergebracht werden, ist ein erster Schritt in der Umsetzung und steht unmittelbar bevor.

Ziel ist in weiterer Folge die Zusammenfassung von Bauhöfen und Bürorunterkünften der drei Abteilungen.

Hohes Haus! In der Jugendpolitik sind neue Akzente unabdingbar. Die Themen Lehre – Bildung – Arbeitsmarkt müssen ins Zentrum rücken. Auch die vorhandenen Budgetmittel müssen auf diese Zukunftsfragen konzentriert werden.

Wir werden uns noch mehr bemühen, den Innovationsmotor in den Bereichen Lehre – Bildung – Arbeitsmarkt anzuwerfen. Durch eine Konzentration der Mittel soll jungen Menschen der Rücken gestärkt werden:

Ziel ist, dass jeder Jugendliche im Burgenland die Chance auf einen Arbeitsbeziehungsweise Ausbildungsplatz hat. Dazu ist ein weiterer Ausbau von Lehrwerkstätten und von bedarfsorientierten Qualifikationsangeboten notwendig.

Ebenso werden wir das Angebot der Berufsmatura forcieren, damit möglichst viele Jugendliche mit Lehrabschluss auch Matura-Niveau erreichen. Das Land wird dieses Angebot finanzieren.

Nach dem bewussten Verzicht auf Studiengebühren in burgenländischen Hochschulen soll auch Burgenländerinnen und Burgenländern unter die Arme gegriffen werden, die außerhalb des Landes studieren – durch einen 50 Prozent-Zuschuss des Landes zum Semesterticket.

Hohes Haus! Eine Initiative von Landeshauptmann Hans Niessl zum Ausbau der Infrastruktur im Burgenland im Interesse der Anrainer, der Pendler und des Wirtschaftsstandortes trägt dafür Sorge, dass drei wichtige Straßenbauprojekte im Burgenland rascher als geplant realisiert werden können. Die Realisierung dieser drei Projekte kann um zwei Jahre vorgezogen werden.

Konkret handelt es sich um die S31-Umfahrung Schützen am Gebirge, um die Verlängerung der S31 bis zur Staatsgrenze und um den burgenländischen Teil der S7, Abschnitt Dobersdorf-Heiligenkreuz.

Der Baubeginn dieser drei Projekte soll vom derzeit beabsichtigten Baubeginn 2012 auf 2010 vorgezogen werden. Erreicht werden soll das, indem das Land den Zinsmehraufwand der ASFINAG für das Vorziehen der Projekte übernimmt. Diese Konditionen gelten für alle Länder, wie Bundeskanzler Gusenbauer, Vizekanzler Molterer und Bundesminister Faymann ausdrücklich festgehalten haben.

Leider hat sich herausgestellt, dass bis heuer immer von falschen Realisierungszeiträumen ausgegangen wurde, weil die Finanzierung von Seiten des Ministeriums offensichtlich nicht abgesichert war.

Bei einem Gespräch mit Bundeskanzler Gusenbauer, Finanzminister Molterer und Verkehrsminister Faymann wurde eine Vorfinanzierung seitens des Landes Burgenland festgelegt. Damit können die Projekte nun zwei Jahre früher begonnen werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Planungen laufen verstärkt weiter. Wenn keine gravierende Verlängerung der Verfahrenszeiten durch externe Einflüsse den Fristenlauf beeinflussen, können die beiden Projekte, S31 Nord und Süd sowie die S7, bereits 2010 mit der Bauphase begonnen werden.

Damit wird der Wirtschaftsstandort Burgenland gefestigt und mit entsprechender Infrastruktur versorgt.

Das Modell der Vorfinanzierung sieht so aus, dass die ASFINAG Kredite zum Bau aufnimmt und wir vom Land Burgenland aus die Zinsrückzahlung für diese zwei Jahre übernehmen. Von den Zinsen wird natürlich die Indexsteigerung bei den Baukosten abgezogen. Das Geld für die Zinsentilgung kommt aus den Erträgen des Burgenland-Fonds für Arbeit und Wirtschaft, FAWI.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Eine intensivere Forcierung von Maßnahmen für eine höhere Verkehrssicherheit ist ein zentraler Bereich des Straßenbaues im Burgenland. Die Beseitigung und Entschärfung von Unfallhäufungspunkten durch den Bau von Kreisverkehren, die Beleuchtung von Schutzwegen oder der Austausch von Leitschienen sind wichtige Bereiche, die zu mehr Sicherheit auf der Straße führen.

Ein wichtiger Bereich im Straßenbau, der auch einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrssicherheit darstellt, ist der Winterdienst. Erst vergangene Woche kam es heuer etwas früher als sonst zu starken Schneefällen. Die Mitarbeiter im Räumdienst sind sehr gut geschult und haben die Situation trotz der schweren Arbeitsbedingungen bestens im Griff.

Durch eine optimale Ausstattung, wie die neue Salzhalle in Oberwart, trachten wir danach, die Arbeit für die Räumflotte zu erleichtern und mehr Verkehrssicherheit im Südburgenland zu erreichen.

Nach der heuer erfolgten Verkehrsfreigabe der Umfahrung von Oberwart wird 2008 die Umfahrung von Dürnbach und Schachendorf, das zurzeit größte Bauvorhaben im Landesstraßenbereich, ihrer Bestimmung übergeben.

Damit steht eine moderne Ausweichroute für den LKW-Verkehr zur Verfügung. Die Umfahrung hat nicht nur den Vorteil, dass dadurch die Orte vom Durchzugsverkehr entlastet werden, sondern auch, dass sie für die Bevölkerung in der Region eine bessere Anbindung an den Bezirksvorort bringen wird.

Hohes Haus! Mit der Fertigstellung der Park&Ride-Anlage in Markt Allhau verfügen wir im Burgenland über 34 solcher Plätze. Zusammen mit den Taktknoten im Bus- und Bahnbereich sind sie unverzichtbare Einrichtungen für die burgenländischen Pendler. Ziel ist eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf Bus und Bahn zu fördern und Fahrgemeinschaften zu begünstigen.

Das Land Burgenland investiert große Summen, damit das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr weiter verbessert wird, damit die Pendler attraktive Verbindungen vorfinden. Seit dem Jahr 2000 hat das Land seine Gelder für Verbesserungen im öffentlichen Verkehr auf 12 Millionen Euro mehr als verdoppelt.

Im Rahmen des Leistungsvertrages mit der Raaberbahn zahlt das Land jährlich 900.000 Euro, zusätzlich beteiligt sich das Land mit jährlich 500.000 Euro – Laufzeit bis 2020 - an der Anschaffung moderner Züge. Große Summen zahlt das Land auch für die Verkehrsdienste der ÖBB.

Im neuen Infrastrukturpaket enthalten sind die Elektrifizierung der Bahnstrecke Wulkaprodersdorf-Eisenstadt-Neusiedl am See mit der geplanten Inbetriebnahme im Jahr 2009, die Schleife Eisenstadt (Inbetriebnahme 2010) und die Elektrifizierung Deutschkreutz-Neckenmarkt/Horitschon (Inbetriebnahme 2009). Die Gesamtkosten dieser Projekte belaufen sich auf rund 55 Millionen Euro.

Wir brauchen eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur, um moderne und attraktive Angebote im öffentlichen Verkehr machen zu können.

Das Land Burgenland nimmt sehr viel Geld in die Hand, damit dieses Angebot vor allem für die burgenländischen Pendler und Pendlerinnen weiter verbessert wird. Verbesserungen heißt mehr Komfort, mehr Pünktlichkeit, kürzere Fahrzeiten. An diesem Ziel muss auch weiterhin hart gearbeitet werden, damit der öffentliche Verkehr Zukunft hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Derzeit wird im Burgenland an Neuerungen bei der Wohnbauförderung gearbeitet. Im Mittelpunkt wird die weitere Ökologisierung des Wohnbaus im Burgenland stehen. Für die Wohnbauförderung stehen 2008 in Summe im Burgenland rund 106 Millionen Euro zur Verfügung. Damit ist die Wohnbauförderung ein enormer Motor für Wirtschaft und Beschäftigung, sie ist ein wichtiges soziales Instrument, das leistbares Wohnen im Burgenland ermöglicht.

Vermeehrt soll auch dem Klimaschutz Rechnung getragen werden, indem durch ökologische Maßnahmen weitere CO₂-Einsparungen erzielt werden. Klimaschutz darf kein Schlagwort sein. Auch künftige Generationen sollen in einer sauberen und intakten Umwelt leben können. Daher werde es in nächster Zeit nicht nur eine Ökologisierung der Wirtschaft, sondern auch eine weitere Ökologisierung der Wohnbauförderung geben.

Das Niedrigenergiehaus soll zum Standard bei Neubauten werden. Ein Niedrigenergiehaus hat einen Heizwärmebedarf von maximal 40 kWh pro Quadratmeter Wohnnutzfläche im Jahr. Zum Vergleich: Häuser aus den 70er-Jahren haben leider den fünffachen Heizwärmebedarf, also rund 200 kWh pro Quadratmeter. Für größere Wohnhausanlagen soll ein Gesamtenergiekonzept erforderlich sein. Besonders forciert sollen Solaranlagen werden.

Angedacht sind weiters eine höhere Förderung für die Sanierung von Gebäuden sowie eine Anhebung der Einkommensgrenzen, bis zu denen Förderungen vergeben werden. Auch der Ankauf von Alarmanlagen soll künftig gefördert werden. Anfang 2008 sollen die Neuerungen im Wohnbauförderungsgesetz in Kraft treten.

Hohes Haus! Bis zum Jahr 2013 wollen wir im Burgenland 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbarer Energie erzeugen – jetzt, heute, liegen wir bei zirka 60 Prozent.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird es im Bereich der Windkraft darum gehen den Wirkungsgrad der Anlagen weiter zu steigern. Daher werden wir die Windkraft auf jeden Fall mehrheitlich bei der BEWAG und damit im Land halten.

Genauso legt das Land ein klares Bekenntnis zum Kernbereich der BEWAG, dem Stromgeschäft ab. Hier wird es keine Veränderungen geben. Die Konzerntochter B.net soll maximal bis zur Sperrminorität privatisiert werden. Auch das BKF steht nicht zur Disposition.

Im Bereich der Biomasse werden die Forschungsaktivitäten weiter vorangetrieben. Biomasse soll nicht nur für die Erzeugung von Wärme und Strom genutzt werden, Biomasse soll auch für die Produktion von Ökogas genutzt werden. Ein dritter Schwerpunkt ist die Photovoltaik, also die Nutzung der Sonne zur Erzeugung von Ökostrom.

Wir haben die Voraussetzungen geschaffen, damit alle Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energie gebündelt werden. Mit der Burgenländischen Energieagentur

haben wir eine zentrale Anlaufstelle. Der Ökoenergiefonds, der mit dem neuen Ökoförderungsgesetz eingerichtet wird, ermöglicht die Nutzung der Mittel des Bundes.

Das Burgenland ist keine „Umwelt-Insel“. Zu einem beträchtlichen Teil ist unser Land in diesem Bereich fremdbestimmt, daher sind zahlreiche Maßnahmen erforderlich. Die zu erwartenden Ausgaben gliedern sich im Wesentlichen wie folgt:

Gemäß EU-Vorgaben ist ein ganzjähriger Vollbetrieb rund um die Uhr sämtlicher im Land vorhandenen Messstellen zu gewährleisten. Dies betrifft zwei voll ausgestattete mobile und drei stationäre Messstationen. Aus diesem Grund ergibt sich ein permanenter Bedarf an Wartungs- und Betriebskosten. Zusätzlich sind rund um die Umweltverträglichkeitsprüfungen, Aufwendungen für Vorerkundungsmessungen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) erforderlich.

Aufgrund der festgestellten Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub nach dem IG-L waren burgenlandweite Statuserhebungen erforderlich. Die Analyse der Daten und die Vorgaben der EU verlangen über die bestehende Verordnung zum IG-L hinaus „Pläne und Programme“, die eine offensive Vorgangsweise erforderlich machen. Die Hauptbelastung – so die Datenanalyse – wird nicht von einigen wenigen Großemittenten erzeugt, sondern von vielen kleinen Verursachern (Gewerbe, Hausbrand, Verkehr und Landwirtschaft). Dieses Problem war und ist auch weiterhin flächendeckend in allen Bereichen, sowie alle Verursacher betreffend zu bekämpfen. Unsere nächsten Initiativen dazu werden Prävention und Aufklärung sein.

Energiesparen, Feinstaubreduktion und Ökologisierung von Wirtschaftsbetrieben und Wohnungsbauten sind ebenso Teil derselben Medaille wie Umwelt-, Natur-, Tier- und Landschaftsschutz. Daher legen wir auch in diesem Landesvoranschlag 2008 ein klares Bekenntnis in diesen Bereichen ab.

Dies beinhaltet die Unterbringung herrenloser Tiere in adäquaten Unterkünften ebenso wie eine geordnete Abwasserentsorgung, die Sicherung einer ausreichenden Wasserqualität der Fließgewässer sowie weitere Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Wiederverwertung.

Eine biologische und gentechnikfreie Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung wird auch in Zukunft unsere vollste Unterstützung haben. Produkte von heimischen Landwirten sollen gezielt forciert und vermarktet werden. Hohes Haus! Ich habe es bereits angesprochen: wir wollen die lokale Wirtschaft stärken. Angesprochen sind in erster Linie Gewerbe, Tourismusbetriebe und Gemeinden. Von diesen Maßnahmen wird auch das Bau- und Baunebengewerbe wesentlich profitieren. Mehr als eine Million Euro ist ab 2008 für die Ökologisierung der Wirtschaft vorgesehen.

Es war vor allem in der ersten Ziel 1-Periode richtig und notwendig, Leitprojekte ins Land zu holen. Dazu gehören die Technologiezentren ebenso wie die Thermen beziehungsweise die Tourismusbetriebe und Industrieunternehmungen.

Bei diesen Projekten ist es sehr wichtig, nicht nur den betriebswirtschaftlichen, sondern auch den volkswirtschaftlichen Nutzen zu sehen. Den volkswirtschaftlichen Nutzen, der durch eine gesteigerte Wertschöpfung in den Regionen, durch zusätzliche Arbeitsplätze, durch neue Strukturen sowie durch die wirtschaftliche Dynamik im Umfeld dieser Leitprojekte entsteht. Ohne diese Impulse würde heute die Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt und auch im Tourismus eine andere sein.

Damit diese Entwicklung aber nachhaltig ist, brauchen wir einen gesunden Mix aus Leitbetrieben, Klein- und Mittelbetrieben im Land. Daher werden die Fördersätze für touristische Kleinbetriebe um fünf Prozent angehoben.

Wir wollen dadurch erreichen, dass die Chancen im Umfeld der touristischen Leitprojekte noch besser genutzt werden und dass es eine umfassende Qualitätsoffensive im Tourismus gibt. Die Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe ist ein ganz wichtiger Teil der neuen Wege, die wir im Tourismus des Burgenlandes verstärkt gehen wollen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Durch die Schaffung neuer Richtlinien zur Dorferneuerung, die eine in die Zukunft gerichtete methodische Ergänzung zur Dorferneuerungsverordnung 2003 darstellen, wird den geänderten und auf EU-Ebene verabschiedeten Rahmenvorgaben bereits Rechnung getragen.

Die umfassende Dorferneuerung wird in Zukunft vor allem durch die zusätzlichen außerordentlichen Budgetmittel (ELER) weit mehr an Möglichkeiten bieten.

Ungeachtet dessen sollen auch die bereits bewährten Aktivitäten nicht vernachlässigt, sondern in zumindest gleichem Ausmaß, auch in der Zukunft fortgesetzt werden - Stichwort Tradition und Nachhaltigkeit.

Das gesellschaftliche und kulturelle Leben in unseren Dörfern wird zum Großteil von einer Vielzahl an Vereinen getragen. Durch ihren zum Großteil unentgeltlichen und freiwilligen Einsatz und ihr Engagement zählen deren Funktionäre zu den wichtigsten Kulturträgern im Land.

Wenn dieser Tage nach der Cselley Mühle in Oslip und dem Offenen Haus in Oberwart nun auch die KUGA in Großwarasdorf ihr 25. Bestandsjubiläum feiert, so ist dies ein starkes Zeichen für die alternativen Kulturhäuser im Burgenland. Sie sind neben den burgenländischen Kulturzentren jene Einrichtungen, wo Kultur - den geographischen Gegebenheiten unseres Landes folgend - bei den Menschen stattfindet. Grund genug, sie verstärkt zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen)*

Zusammen mit der großen Zahl an kleinen und großen Kulturveranstaltern und Initiativen, den Festspielen des Burgenländischen Kultursommers bieten sie uns und unseren Gästen ein sehr vielschichtiges und qualitativ hochstehendes Programm. Für jeden Geschmack und für jede Altersgruppe ist etwas dabei. Wir können zu Recht stolz auf das Engagement und die Kreativität der vielen Kulturschaffenden sein.

Zentrale Themen in der Kulturpolitik des Landes sind neben der intensiven Förderung der zeitgenössischen Kunst auch die Pflege der großen Komponisten Joseph Haydn und Franz Liszt.

Während das erste Betriebsjahr im neuen Lisztzentrum in Raiding mehr als zufriedenstellend verlaufen, und das Festival „Liszten in Raiding“ mit grandiosen Darbietungen über die Bühne gegangen ist, bereiten wir uns bereits sehr intensiv auf ein Kulturjahr der besonderen Art vor.

Das Haydn-Jahr 2009 wirft bereits im kommenden Jahr seine Schatten voraus und wird von den Touristikern schon jetzt seit geraumer Zeit beworben. Zusammen mit der Freistadt Eisenstadt, der Diözese Eisenstadt, den Esterhazy-Betrieben aber auch vielen

einzelnen Initiativen, sowie mit der EU und vor allem dem Bund wird es uns gelingen ein besonderes Jahresprogramm zusammenzustellen.

Wir haben es geschafft, die Finanzierung dieses wichtigen Kulturjahres mit Mitteln des Landes, des Bundes und der EU auf eine solide Basis zu stellen.

Das Thema Haydn wird 2008 auch die von der Kulturabteilung ausgeschriebenen Wettbewerbe und Stipendien dominieren, die vor allem jungen KünstlerInnen die Möglichkeit geben sollen, sich zu präsentieren. Von der bildenden Kunst über die Literatur und Wissenschaft bis zur Komposition sollen Joseph Haydn und seine Zeit im Mittelpunkt stehen.

Die junge Kulturszene war schon immer bisher ein großes Anliegen meiner Kulturpolitik und wird in Zukunft verstärkt im Mittelpunkt stehen. Durch unterschiedliche Wettbewerbe, Workshops, Festivals oder etwa einem Protest-Song-Contest sollen junge Künstlerinnen und Künstler aller Sparten entsprechend gefördert werden. In diesem Bereich wird es mehr Möglichkeiten auch in finanzieller Hinsicht geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Nach der Eröffnung des Bildungshauses des Volksbildungswerkes in Eisenstadt, das auch durch die Volkshochschule und andere in der Burgenländischen Konferenz für Erwachsenenbildung vertretenen Institutionen genutzt wird, konnten wir noch heuer die Erweiterung des BFI in Oberwart starten. Denn eine gut ausgerüstete Infrastruktur gehört zu einer profunden Ausbildung genauso dazu wie innovative Lerninhalte.

Dieses Bildungshaus wird eines der letzten Infrastrukturprojekte im Rahmen von EU-Förderungen sein, da künftig ausschließlich Bildungsmaßnahmen gefördert werden. In der Zeit von 2007 bis 2013 sind daher die Weichen für die Zukunft zu stellen, da ein neuerlicher Investitionsschub der EU im bisherigen Ausmaß nicht zu erwarten ist.

Dieser Aufgabe wird sich die Burgenländische Erwachsenenbildung stellen müssen. Mit den nun zur Verfügung stehenden Mitteln sollte dies auch gemeinsam mit dem Land zu schaffen sein. Grundlage für die weitere Entwicklung dieses Bildungssektors ist das Ergebnis eines dreijährigen Diskussions- und Erarbeitungsprozesses, an deren Ende Leitlinien für die künftigen Bildungserfordernisse im Burgenland definiert wurden.

Die Finanzierung aber auch die Organisation der Pädagogischen Hochschule wurde auf neue Beine gestellt. Demzufolge trägt das Land ein Viertel der Kosten für den Betrieb, die Diözese ein Viertel und der Bund die Hälfte. Im nächsten Jahr kommt es zur Übersiedlung ins Technologiezentrum.

Das Gebäude des Joseph Haydn-Konservatoriums in der Eisenstädter Glorietteallee ist in die Jahre gekommen und wurde mit Gesamtkosten in der Höhe von rund 2,8 Millionen Euro saniert und umgebaut. Durch die kurz vor dem Abschluss stehenden Umbauten wird das Konservatorium den Bedürfnissen einer universitären Einrichtung vor allem auch im Hinblick auf die Kooperation mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Bratislava gerecht.

Mit dem Umbau und der Sanierung des Joseph Haydn Konservatoriums verfolgen wir zum einen das Ziel, eine moderne Ausbildungsstätte zu schaffen, die sich an den Anforderungen der Zeit orientiert, zum anderen aber auch eine erhöhte Wirtschaftlichkeit

des Betriebes durch entsprechende Maßnahmen in der Bauausführung mit einem zeitgemäßen Energiekonzept zu erreichen.

Der FH-Standort in Pinkafeld soll ebenfalls durch einen Zubau beim Technologiezentrum erweitert werden. Das Studienzentrum Pinkafeld hat sich im Bereich des Studien- und Lehrbetriebes und in der angewandten Forschung- und Entwicklung sehr gut etabliert.

Zwei Bachelorstudiengänge und vier Masterstudiengänge in den zwei Kernkompetenzbereichen Energie- und Umweltmanagement sowie Gesundheit stehen für die Vielfalt des Studienangebots.

Am Standort Eisenstadt haben sich die Studiengänge im Bereich Wirtschaft MOEL sowie Informationstechnologie und –management mit fünf Master- und vier Bachelorstudiengängen ebenfalls sehr gut etablieren können. Sehr gut werden die berufsbegleitenden Studiengänge angenommen. Mit dem Bau eines Marktforschungs- und Sensoriklabors werden die Studierenden im Bereich Weinmanagement und Weinmarketing über optimale Studien- und Forschungsbedingungen verfügen.

Zum nachhaltigen Aufbau der angewandten Forschung und Entwicklung wurden am Studienzentrum Pinkafeld in der „Forschungstochtergesellschaft“ FTP bereits zahlreiche Forschungsprojekte durchgeführt. So zum Beispiel hat sich der Kernkompetenzbereich Energie- und Umweltmanagement als wissenschaftlicher Partner im überregionalen K 1-Zentrum „Bioenergy 2020+“ eingebracht. Gesamtprojektvolumen des K 1-Zentrums ist für die ersten vier Jahre 13,6 Millionen Euro, davon sind zirka 1,2 Millionen Euro für die FH-Studiengänge Burgenland als einer von sechs wissenschaftlichen Partnern vorgesehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Das Burgenland liegt mit 98 Prozent Betreuungsquote bei den Drei- bis Fünfjährigen im österreichischen Spitzenfeld. Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Anpassung an die moderne Arbeitswelt sind für ein modernes Kinderbetreuungssystem unumgänglich. Zusammen mit Eltern, Erhaltern von Betreuungseinrichtungen, Betreuungspersonen und Gemeinden forciert das Land Lösungen auf freiwilliger und partnerschaftlicher Basis.

In der Jugendförderung wollen wir einen stärkeren Akzent auf Ausbildung und Qualifizierung legen. Dies beinhaltet genauso das Festhalten an der dualen Lehrlingsausbildung, also dem Lernen in einem sich an der Berufswelt orientierenden Umfeld.

Die entsprechenden Unterstützungen werden wie im vorliegenden Budget ersichtlich in vollem Umfang erhalten bleiben. Es wird zwar zu einigen Verschiebungen, nirgends aber zu Kürzungen kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Bei den Ausgaben gibt es einige, die aufgrund demographischer oder medizinischer Entwicklungen dynamisch steigen. Dies sind vor allem, wie in allen anderen Bundesländern, die Gesundheits- und Sozialausgaben.

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft bedeutet immer mehr ältere Menschen in unseren Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu betreuen. Gleichzeitig werden immer bessere Behandlungsmethoden entwickelt, so dass die Kosten des Gesundheitswesens konstant ansteigen werden.

Durch den Erlös aus dem teilweisen Verkauf einiger Beteiligungen der BEWAG hat das Land zusätzliche Möglichkeiten, einen Teil der Kosten für die anstehenden Umbauten bzw. Renovierungen der burgenländischen Krankenanstalten zu verwenden. Besser kann man das „Geld der Stromkunden“ nicht verwenden als direkt für die Betroffenen.

Mit 1. Juli 2007 traten das Hausbetreuungsgesetz aber auch Änderungen der Gewerbeordnung in Kraft. Damit wurde eine Rechtsgrundlage für die legale 24-Stunden-Betreuung geschaffen. Ab 1. Jänner 2008 beteiligt sich das Land gemeinsam mit dem Bund wie eingangs ausgeführt an der finanziellen Förderung der 24 Stunden Betreuung. Für diese sozialpolitisch weitreichende Maßnahmen sind zusätzliche Mittel von 1,3 Millionen vorgesehen. Nach drei Jahren soll der gesamte Bereich in Bezug auf Kosten und Auswirkungen evaluiert werden.

Der Trend laufend steigender Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe, insbesondere im Bereich der stationären Altenhilfe und der Behindertenhilfe hält – wie auch im übrigen Österreich – weiterhin an. Die demographische Entwicklung lässt einen Anstieg der hochaltrigen Bevölkerung von 2001 auf 2011 von 10.034 auf 15.910 Personen erwarten. Im Gleichklang dazu ist das Land verpflichtet die Kapazitäten im Pflegebereich (mobil, teilstationär oder stationär) auszubauen.

Neue stationäre Einrichtungen werden auf modernsten baulichen Standard errichtet. Einbett- und Zweibettzimmer dominieren die neu geschaffenen Kapazitäten, was sowohl die Errichtung als auch den Betrieb verteuert. Andererseits müssen bestehende Einrichtungen adaptiert und den neuen Qualitätsstandards angepasst werden, was sich ebenfalls auf den Tagsatz auswirkt.

Zeitgemäße Betreuungsqualität fordern der Gesetzgeber und die Nutzer beziehungsweise deren Angehörige. Qualität in der Pflege kann nur durch entsprechend qualifiziertes und motiviertes Personal geboten werden. Die Qualitätskriterien für die Pflegehandlungen sind gesetzlich geregelt.

Die Inanspruchnahme von Pflegeheimplätzen unter Kostentragung durch die Sozialhilfe erfolgt je nach Bezirk unterschiedlich und schwankt zwischen 50 und 70 Prozent.

Allein durch die planmäßige Zunahme der Pflegeplätze muss mit jährlichen Mehrausgaben in der Sozialhilfe gerechnet werden.

Die Pflegeheime sind – wie auch andere Wirtschaftszweige – mit jährlich steigenden Kosten konfrontiert. Der Hauptanteil wird durch die Personalkostenerhöhungen verursacht, die insgesamt über der Inflationsrate liegen. Um die Kostensteigerungen im Personal- und im Sachaufwand zumindest teilweise abzugelten, werden – wenn keine besonderen Umstände zusätzlich vorliegen – diese mit einer jährlichen oder zweijährlichen Valorisierung ausgeglichen.

Wenn von einer Valorisierung zwischen 2,5 Prozent und drei Prozent p.a., die derzeit in der Regel stattfindet, ausgegangen wird, bringt diese allein Mehrausgaben von rund 700.000 Euro pro Jahr.

Ähnliches gilt auch für den Behindertenbereich. Die Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen sind nach dem zeitgemäßen Standard zu versorgen. Ihre Anzahl steigt laufend. Die Wohnunterbringung von Behinderten wird das Burgenland

zukünftig noch mehr fordern, da aufopfernd pflegende Eltern physisch und psychisch oft dazu nicht mehr in der Lage sind.

Zusätzliche Angebote in der Tagesbetreuung werden benötigt, um dem steigenden Bedarf entsprechen zu können. Allein im Bezirk Eisenstadt einschließlich Freistadt Eisenstadt werden in den nächsten zwei bis drei Jahren für etwa 20 Personen zusätzliche Tagesbetreuungsplätze zu schaffen sein. Ausbildungs- und Anlehreangebote für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen sind noch nicht im notwendigen Ausmaß vorhanden.

Angebote der persönlichen Assistenz, die in anderen Bundesländern bereits installiert sind, werden derzeit im Burgenland im Rahmen von Pilotversuchen erprobt und zunehmend von Betroffenen eingefordert.

Die Betreuung von behinderten Kindern im Kindergartenalter durch den Mobilen Heilpädagogischen Dienst muss ausgebaut werden. Steigen werden auch die Kosten für die Eingliederungshelferinnen, die behinderten Kindern im Pflichtschulalter den Schulbesuch erst möglich machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenländische Rettungsgesetz regelt die Besorgung des örtlichen und überörtlichen Rettungsdienstes durch Leistung eines jährlichen Rettungsbeitrages. Für den Zeitraum von 1. Jänner 2006 bis zum 31. Dezember 2008 wurde dieser seitens des Landes mit 4,90 Euro pro Einwohner festgesetzt. Durch die Erhöhung des Rettungsbeitrages sind bereits im Jahr 2007 für das Land deutliche Mehrausgaben entstanden.

Deutlich steigen werden auch die Mittel für die Sicherstellung des Notarzhubschrauber-Rettungsdienstes, da der vereinbarte Pauschalbetrag wertgesichert ist. Im Jahr 2008 wird es diese Vorsorgemaßnahme burgenlandweit geben, wodurch die Kosten im Vergleich zu 2007 um mehr als zehn Prozent steigen werden.

Das Burgenland hat einen Influenzapandemieplan. Dies erfordert Mittel für die Schulungsmaßnahmen der Akteure im Land und zum Abhalten von Übungen beziehungsweise zum Ankauf von Schutzausrüstungen.

Neue - vom Impfausschuss des Obersten Sanitätsrats empfohlene - Impfungen gegen Pneumokokken und Rotaviren verursachen stark ansteigende Kosten. Zusätzliche Kosten werden für das Land auch durch die HPV Impfung gegen die Gebärmutterhalskrebs verursachenden Humanen Papillom-Viren entstehen.

Hohes Haus! Das Burgenland ist beispielgebend im Hinblick auf Serviceleistungen in der Familienpolitik. Die Schaffung von Familienpass, Familienbonus, Schulstarthilfe, Familienförderung bei Mehrlingsgeburten sowie die Dokumentenmappe sind Meilensteine und nicht mehr wegzudenken.

Der Ausbau der Kinderbetreuung, bessere Bedingungen für Alleinerzieher und die Ausweitung familienfördernder Maßnahmen bleiben Schwerpunkte der Familienpolitik im kommenden Jahr.

Auch im Jugendschutz hat sich viel getan. Die Initiative „no alc but fun“ wird aufgrund des großen Zuspruches einer Evaluierung unterzogen und modifiziert, um noch mehr Nachhaltigkeit zu erzielen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der Schwerpunkt in der Jugendschutzarbeit wird auf Prävention liegen, wie wohl die Kooperation mit der Exekutive bei den Jugendschutz-Schwerpunktkontrollen zumindest in gleichem Ausmaß fortgesetzt werden wird.

Die im Frauenbüro angesiedelten und erfolgreich laufenden Projekte werden weiter fortgesetzt. Zugegeben – die Frauenpolitik hat Fortschritte gemacht – allerdings gibt es noch sehr viel zu tun. Daher werden neue Initiativen und Projekte erarbeitet, die auf bestehende aufbauen und damit konsequenterweise den in den letzten Jahren beschrittenen Weg zur Verbesserung der Situation der Frauen in allen Lebensbereichen fortsetzen sollen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aufbauend auf den bisherigen Arbeitsschwerpunkten des Frauenbüros sollen in den kommenden Jahren die Projekte und Initiativen in den Bereichen Qualifizierung und Wiedereinstieg in das Berufsleben, Sensibilisierung und Unterstützung bei der Berufswahl, Mädchenarbeit sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgesetzt werden.

Im Bereich der Mädchenförderung werden neue Projekte dort ansetzen, wo die bereits bestehenden (mut = Mädchen und Technik) aufgrund der zielgruppenspezifischen Ausrichtung an ihre Grenzen stoßen.

Die für den Zeitraum 2007 bis 2013 gebundenen ESF-Mittel für frauenförderliche Belange werden – je nach Vorgaben – natürlich dafür herangezogen werden.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe in meinen Ausführungen bisher zu viele Zahlen, Beträge und Summen ganz bewusst vermieden. Jede einzelne Budgetposition liegt Ihnen mit dem Landesvoranschlag 2008 vor.

Ich wollte umso deutlicher Zusammenhänge und Rahmenbedingungen aufzeigen, Zielsetzungen dieser Regierung vermitteln und Sie für Ihre Zustimmung zu diesem Landesvoranschlag 2008 mit guten Argumenten überzeugen.

Die wichtigsten Eckdaten sollen dennoch genannt sein:

Der Landesvoranschlag 2008 sieht im Ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben von insgesamt 936,2 Millionen Euro vor. Im Außerordentlichen Haushalt wird mit 29 Millionen Euro die Kofinanzierung für die Phasing Out-Periode im Jahr 2008 bereitgestellt.

Folglich weist der Gesamthaushalt für 2008 Einnahmen und Ausgaben von je 965,2 Millionen Euro aus. Die Fondsgebarung ist mit 6,4 Millionen Euro ebenfalls ausgeglichen.

An den Maastricht-Kriterien gemessen, führt der Voranschlag für das Jahr 2008 zu einem Überschuss von insgesamt 52,9 Millionen Euro. Das Burgenland wird damit seinen Verpflichtungen nach dem Stabilitätspakt im Jahresdurchschnitt nachkommen.

Die Erstellung dieses Budgets ist von den Prinzipien Qualitätsverbesserung und Erhaltung der öffentlichen Dienstleistungen, Transparenz, Effektivität, Effizienz sowie den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ausgegangen. Entsprechend diesen Prinzipien ist der Landesvoranschlag 2008 gestaltet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als Finanzreferent des Landes bin ich natürlich hauptverantwortlich für die Erstellung des Landesvoranschlages für 2008. Es ist aber auch klar, dass nicht einer allein so ein umfangreiches Budget zustande bringt.

Ich möchte daher an dieser Stelle einigen Personen meinen Dank aussprechen:

Ich danke insbesondere Herrn Landeshauptmann Hans Niessl sowie den Regierungskolleginnen und Regierungskollegen. Gemeinsam haben wir den Landesvoranschlag 2008 gleichzeitig im Jahr 2006 mit jenem des heurigen Jahres ausverhandelt. Aufgrund zwingender Änderungen durch den Finanzausgleich und verwaltungstechnischer Reformen mussten einige Adaptierungen vorgenommen werden.

Gleichzeitig möchte ich jedoch meinem Bedauern Ausdruck verleihen, dass grundlegende, budgetrelevante notwendige Neuerungen von einem Teil der Landesregierung nicht mitgetragen werden.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes der Burgenländischen Landesregierung, die an der Gestaltung dieses Landesvoranschlages mitgewirkt haben.

Besonders hervorheben möchte ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanz-Abteilung mit Dr. Engelbert Rauchbauer, Alice Gaber und Monika Stiglitz an der Spitze. Ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Büros, die auch heuer wieder ihre ganze Erfahrung und ihr Wissen in dieses Budget haben einfließen lassen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Den Landesvoranschlag zu gestalten und zu erstellen wäre aber auch ohne alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes der burgenländischen Landesregierung in den einzelnen Abteilungen undenkbar. Dafür sage ich ihnen ebenso Dank wie für den verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit den öffentlichen Mitteln.

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! „Stark und kraftvoll in die Zukunft“ ist das Motto für den Landesvoranschlag 2008. Die Ergebnisse des Finanzausgleichs so rasch als möglich umzusetzen, sowie wichtige und notwendige Reformvorhaben durchzuführen, um so die Anforderungen einer verantwortungsbewussten Regierungsarbeit erfüllen zu können, ist die Grundlage, auf dem dieser Voranschlag aufgebaut ist.

Die 2. Fortführung des Finanzplanes 2006 bis 2010 ist der Beweis für die konsequente Umsetzung der Finanzpolitik der letzten sieben Jahre. Wir setzen damit einen verantwortungsvollen und soliden Budgetkurs mit dem achten Budget in Folge ohne neue Schulden fort. Damit setzen wir die Weichen für das Erreichen wichtiger Ziele: mehr Arbeitsplätze in Richtung Vollbeschäftigung, Absicherung der sozialen Strukturen, Ökologisierung der Wirtschaft, sinnvolle und sparsame Strukturen in der Verwaltung und neue Chancen für die Jugend. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das kommende Finanzjahr werden wir daher nutzen, um diese Vorhaben im Interesse unseres Landes und seiner Bevölkerung umzusetzen.

Sie, werte Damen und Herren Abgeordnete, möchte ich ersuchen, dem Landesvoranschlag 2008 und der 2. Fortführung des Finanzplanes im Interesse einer starken und kraftvollen Zukunft unseres Landes die Zustimmung zu erteilen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten. Die Regierungsvorlagen Zahl 19 - 425, Beilage 681, und Zahl 19 - 426, Beilage 682, weise ich dem Finanzbudget- und Haushaltsausschuss zu.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist e r l e d i g t. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Zur Geschäftsordnung!*)

Bitte Herr Klubobmann. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Hoffentlich ist das nicht etwas Ernst zu nehmendes!*)

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Kollege Pehm! Es ist etwas Ernst zu nehmendes. Machen Sie sich keine Sorgen! (*Beifall bei der ÖVP*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist deshalb Ernst zu nehmen, weil jede Meldung dieser Geschäftsordnung eine ernste Sache ist. Ich melde mich nicht aus Jux und Tollerei zur Geschäftsordnung.

Mir ist soeben aufgefallen, dass sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter als Mitglied der Burgenländischen Landesregierung zu Wort melden wollte. Anscheinend hat der Herr Präsident ihm das nicht gestattet. Ich darf Ihnen sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem Herr Präsident, dass der §19 der GeOLT vorsieht, dass die Mitglieder der Landesregierung berechtigt sind, an allen Beratungen des Landtages teilzunehmen. Sie können zum wiederholten Male und jederzeit, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, zum jeweiligen Verhandlungsgegenstand das Wort ergreifen, ein Stimmrecht kommt ihnen nicht zu.

Unweigerlich haben wir eine Landtagssitzung, unweigerlich haben wir einen Tagesordnungspunkt, nämlich Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2008 als Verhandlungsgegenstand.

Ich erwarte, sehr geehrter Herr Präsident, dass sich, entsprechend der Geschäftsordnung, die Mitglieder der Landesregierung zu diesem Verhandlungsgegenstand zu Wort melden dürfen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Wenn Sie den § 25 der Geschäftsordnung aufmachen, § 25 Abs. 4 heißt: Die Vorlage der Landesregierung in den Landesvoranschlag ist von dem nach der Geschäftsordnung der Landesregierung zuständigen Mitglied mündlich einzubegleiten. Daran kann sich eine Debatte frühestens in der folgenden Sitzung des Landtages anschließen.

Das heißt: Die Erklärung des Finanzlandesreferenten ist kein Verhandlungsgegenstand. Daher kann auch keine Debatte stattfinden, und daher kann sich niemand zur Wort melden, auch kein Regierungsmitglied. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Zur Geschäftsordnung!*)

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der § 25 Abs. 4 GeOLT ist mir selbstverständlich

bekannt. Wo, wie Sie richtig zitiert haben, die Vorlage der Landesregierung über den Landesvoranschlag vom zuständigen Regierungsmitglied einzubegleiten ist.

Eine Debatte darüber kann erst in der darauffolgenden Landtagssitzung stattfinden. Ich stelle fest, dass es nicht um eine Debatte geht, denn bei einer Debatte würden sich Mandatare, 36 an der Zahl, des Hohen Hauses hier zu Wort melden, würden darüber befinden, und dann darüber abstimmen.

Hier geht es um den § 19, dass hier eindeutig ein Verhandlungsgegenstand festliegt, und daher sich jedes Regierungsmitglied dazu melden kann. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Herr Kollege Strommer, bitte noch einmal. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, solange keine Debatte über einen Tagesordnungspunkt stattfindet, kann sich niemand, *(Abg. Ing. Strommer: Doch, der § 19 steht vor dem § 25!)* kann sich niemand, bitte zu Wort melden, weil es kein Verhandlungsgegenstand ist.

Es ist lediglich die Erklärung des Landesfinanzreferenten *(Abg. Ing. Strommer: Der § 19 steht vor dem § 25!)* und dazu ist keine Debatte vorgesehen. Daher kann sich weder ein Abgeordneter, noch ein Regierungsmitglied zu Wort melden. *(Abg. Ing. Strommer: Herr Präsident, noch einmal zur Geschäftsordnung!)*

Herr Kollege Strommer, Sie werden mich nicht überzeugen können. Glauben Sie mir eines... *(Abg. Ing. Strommer: Bitte mir die Möglichkeit zu geben, mich zur Geschäftsordnung zu melden!)* Herr Landeshauptmann-Stellvertreter darf ich vielleicht, wenn es Ihnen angenehm ist oder auch nicht angenehm ist, vielleicht auch eine Erklärung abgeben.

Ich habe das gesagt, ich weiß schon, dass sich jeder zur Geschäftsordnung melden kann. Aber ich habe nur dem Kollegen Strommer erklärt, dass er mich nicht überzeugen kann, denn der §19 ist in diesem Fall nicht anzuwenden.

Bitte, wenn Sie sich noch einmal zur Geschäftsordnung melden wollen, bitte sehr.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Es können Tagesordnungspunkte ausschließlich Verhandlungsgegenstände sein. Bei diesem speziellen Verhandlungsgegenstand gemäß § 25 Abs. 4 ist eine Debatte erst in der darauffolgenden Landtagssitzung der 36 Mandatare möglich.

Der §19 steht lange vor dem § 25, und sagt, dass sich jedes Regierungsmitglied jederzeit auch mehrmals zu jedem Verhandlungsgegenstand melden kann.

Ich gehe zum § 20, sehr geehrter Herr Präsident, wo die Verhandlungsgegenstände aufgeführt sind. Im § 20 Abs. 1 Z. 8 steht: Berichte der Landesregierung. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten: Also wenn das nicht klar ist, dann weiß ich nicht!)* Das ist ein Bericht der Landesregierung der vom zuständigen Regierungsmitglied einbegleitet wird. Ich erwarte, sehr geehrter Herr Präsident, dass entsprechend der Geschäftsordnung die hier mit Zweidrittelmehrheit im Hohen Haus beschlossen wurde, sich die Regierungsmitglieder zu diesem Verhandlungsgegenstand melden können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Herr Kollege Strommer! Die Budgetrede ist kein Bericht, sondern ist die Vorlage des Landesvoranschlages, und dieser Landesvoranschlag ist durch die Erklärung, durch die Budgetrede des Landesfinanzreferenten, einzubegleiten.

Das ist auch bisher immer so gehandhabt worden, in allen bisherigen Vorlagen der Landesvoranschläge, ist das bisher so gehandhabt worden. Es gibt keine Debatte. Wenn keine Debatte stattfindet, kann sie für beide Teile nicht gelten, nämlich für die Abgeordneten und auch für die anderen Regierungsmitglieder nicht.

Wollen Sie das, Herr Kollege Strommer, wollen Sie das so zur Kenntnis nehmen? (*Abg. Ing. Strommer: Nein, das kann ich nicht zur Kenntnis nehmen!*) Dann werde ich die Landtagssitzung unterbrechen, (*Abg. Ing. Strommer: Ich bitte darum.*) und lade die Mitglieder der Präsidiale in das Ausschusssitzungszimmer ein.

Die Sitzung ist **u n t e r b r o c h e n**. (*Die Sitzung wird um 23.04 Uhr unterbrochen und um 23.46 Uhr wieder aufgenommen*)

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten ist erfolgt.

Die Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

Schluss der Sitzung: 23 Uhr 47 Minuten